

Antworten auf Fragen an die Parteien des Landtages Baden-Württemberg vom
Fachverband Deutscher Heilpraktiker Landesverband Baden-Württemberg e.V.

1. Zukunft des Heilpraktikerberufs

1.1 Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, den Heilpraktikerberuf in seiner heutigen Form als freien und eigenständigen Heilberuf zu sichern und weiterzuentwickeln, damit Menschen auch künftig Zugang zu modernen, natürlichen und nebenwirkungsarmen Behandlungsmethoden haben?

1.2 Welche Position vertreten Sie zur Therapiefreiheit unseres Berufsstandes?

1.3 Wie steht Ihre Partei zu möglichen Änderungen der Zugangsvoraussetzungen oder Prüfungsstrukturen im Heilpraktikerberuf, und welche Kriterien halten Sie für fair, transparent und zukunftsfähig?

SPD: Die Ausbildung zum Heilpraktiker ist nicht staatlich anerkannt. Sie wird daher vor allem in den Heilpraktikerverbänden organisiert, die dabei ihre eigenen Qualitätsstandards aufstellen und weiterentwickeln. An dieser Situation wollen wir nichts ändern.

Die Rechtsgrundlagen für die Heilpraktiker-Erlaubnis sind das Heilpraktikergesetz, die Heilpraktikerüberprüfungsleitlinien sowie die baden-württembergische Heilpraktiker-Verwaltungsvorschrift. Dort sind auch die Zugangsvoraussetzungen beschrieben. Die Heilpraktikerüberprüfungsleitlinien sind auch aufgrund von problematischen Behandlungen von Heilpraktiker:innen im Jahr 2017 konkretisiert worden. Wir planen an den Rechtsgrundlagen keine weiteren Änderungen. Wir haben auch keine Hinweise von den Heilpraktikerverbänden, dass dort eine Änderungsbedarf besteht. Wenn einer vorliegt, sind wir gern bereit, mit den Verbänden ins Gespräch zu gehen.

Mit der staatlichen Erlaubnis, ihren Beruf auszuüben, haben die Heilpraktiker:innen eine sehr weite Therapiefreiheit. Diesbezüglich planen wir keine staatlichen Eingriffe, sofern seitens der Heilpraktiker:innen die Bedingungen aus den rechtlichen Grundlagen eingehalten werden.

2. Qualitätssicherung & Patientensicherheit

2.1 Wie bewertet Ihre Partei die Einführung des FDH-Gütesiegels, das im Sinne von Behandlungsqualität und Behandlungssicherheit klare Standards setzt und die Anerkennung der Berufsordnung für Heilpraktiker verbindlich einbezieht?

2.2 Welche politischen Maßnahmen halten Sie für notwendig, um qualifizierte Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker zu stärken, ohne sie mit nicht-regulierten Gesundheitsanbietern gleichzusetzen?

2.3 Welche Rolle sieht Ihre Partei für Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker im Bereich Prävention, Gesundheitsförderung und ganzheitlicher Versorgung?

SPD: Da das Heilpraktikerwesen inhaltlich – sofern die o.g. Rechtsgrundlagen beachtet werden – keiner weiteren staatlichen Regulierung unterliegt, ist es insbesondere im Sinne der Information und Aufklärung der Patient:innen umso wichtiger, dass die Heilpraktikerverbände – am besten gemeinsame – Siegel und Qualitätsanforderungen aufstellen und veröffentlichten sowie eine gemeinsame Berufsordnung beachten.

Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker sind für viele Patientinnen und Patienten ein exzellentes und wichtiges On-Top zur staatlichen, insbesondere im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung geregelten Gesundheitsversorgung. Das gilt ganz besonders für den Bereich Prävention, Gesundheitsförderung und ganzheitlicher Versorgung.

3. Regulierung nicht-heilkundlicher Gesundheitsanbieter

3.1 Wie bewertet Ihre Partei die Ausübung heilkundlicher Tätigkeiten durch Personen, die weder Ärztinnen oder Ärzte noch Heilpraktikerinnen oder Heilpraktiker sind – etwa Gesundheitsberater, Rückencoaches oder ähnliche Anbieter?

3.2 Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um solche Tätigkeiten angemessen zu regulieren und zu überwachen, damit der Schutz der Patientinnen und Patienten dauerhaft gewährleistet bleibt?

SPD: Außer Ärzt:innen und Heilpraktiker:innen ist es anderen Berufsgruppen nur äußerst eingeschränkt möglich, in eigenen Verantwortung Tätigkeiten aus dem Bereich der Heilkunde durchzuführen. Wir wollen bestehende kleine Öffnungen bei den Notfallsanitäter:innen ausbauen sowie den Hebammen und den Pflegefachpersonen zukünftig bei sehr guter Ausbildung auch erlauben, in genau beschriebenen Sektoren selbständig in der Heilkunde tätig zu sein.

Personen aus anderen Berufsgruppen wie etwa Gesundheitsberater oder Rückencoaches ist es verboten, Tätigkeiten aus dem Bereich der Heilkunde auszuüben. Dies wird auch durch die zuständigen Behörden überwacht. Daran wollen wir auf keinen Fall etwas ändern.

4. Ästhetische Medizin & Marktregulierung

4.1 Wie bewertet Ihre Partei die stark wachsende Zahl ästhetischer medizinischer Angebote durch Anbieterinnen und Anbieter ohne heilkundliche Qualifikation?

SPD: Medizinischer Angebote durch Anbieterinnen und Anbieter ohne heilkundliche Qualifikation sind grundsätzlich zu Recht verboten. Dies wird auch von den zuständigen Behörden überwacht. Allerdings gibt es eine wachsende Anzahl von Kosmetiker:innen, Tätowierer:innen, Ohrlochstecher:innen, die mit ihren Angeboten mitunter nahe an heilkundliche Tätigkeiten herankommen. Diese müssen zumindest auf die gesetzlich vorgeschrieben Einhaltung von Hygienestandards regelmäßig überprüft werden. Wir beobachten diesen Markt genau und behalten uns vor – falls nötig, gesetzgeberisch klarstellend einzugreifen.

5. Rolle des Heilpraktikerberufs im Gesundheitssystem

5.1 Welche Bedeutung misst Ihre Partei der naturheilkundlichen Versorgung im Rahmen eines modernen, interdisziplinären Gesundheitssystems bei?

5.2 Wie kann der Heilpraktikerberuf aus Sicht Ihrer Partei zur Entlastung des Gesundheitssystems beitragen, insbesondere in strukturschwachen Regionen oder bei langen Wartezeiten in der ärztlichen Versorgung?

5.3 Wie steht Ihre Partei zur Einbindung von Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern in digitale Gesundheitsangebote, etwa Telemedizin?

SPD: Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker sind für viele Patientinnen und Patienten ein exzellentes und wichtiges On-Top zur staatlichen, insbesondere im Rahmen der gesetzlichen

Krankenversicherung geregelten Gesundheitsversorgung. Diese muss aber selbst ein angemessenes Versorgungsniveau sicherstellen.

Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern steht es frei, in ihrem Arbeitsfeld digitale Gesundheitsangebote zu erstellen oder Patientinnen und Patienten per Telefon oder per Video zu behandeln, wenn dabei die sonstigen Standards zum Beispiel im Hinblick auf den Datenschutz eingehalten werden.

6. Forschung & Evidenz

6.1 Wie bewertet Ihre Partei die Bedeutung naturheilkundlicher Forschung, und welche politischen Initiativen sehen Sie, um evidenzbasierte Naturheilkunde stärker zu fördern?

6.2 Welche Rolle könnte die Politik dabei spielen, den Dialog zwischen Schulmedizin, Naturheilkunde und Wissenschaft zu stärken?

SPD: Wir haben mit dazu beigetragen, dass die Universität Tübingen eine Professur für Naturheilkunde und Integrative Medizin ein, die ihren Sitz am Stuttgarter Robert-Bosch-Krankenhaus (RBK) hat. Die Professur soll die Verfahren und Methoden der Naturheilkunde und der Integrativen Medizin wissenschaftsgeleitet erforschen und damit einen Beitrag leisten, Potenziale zu heben. Damit werden Naturheilkunde und Integrative Medizin künftig fester Bestandteil des Studienangebotes an der Medizinischen Fakultät der Universität Tübingen. Zudem unterstützen wir besonders die Verbreitung naturheilkundlicher Kenntnisse im Rahmen der Prävention.